



Presseschau vom 09.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Rachel Marsden: Der Westen kann sich nicht entscheiden, ob er Afrika sanktionieren oder verführen soll

Beim Versuch Wege zu finden, um Russlands und Chinas Partnerschaften in Afrika wirksam entgegenzuwirken, geben sich Washington und seine westlichen Verbündeten nicht damit zufrieden, entweder Honig oder Essig einzusetzen – also greifen sie auf beides gleichzeitig zurück. ...

<https://kurz.rt.com/322r> bzw. [hier](#)

Igor Karaulow: Wann die Zeit reif ist für Verhandlungen mit der Ukraine

Wiederholt sendet Kiew an Moskau Signale zur Verhandlungsbereitschaft. Bisher haben ukrainisch-russische Gespräche jedoch keine Ergebnisse gebracht. Für Moskau stellt sich daher die Frage, welche Ansprechpartner man hat – und wo. Eine Antwort darauf wird die Zeit bringen. ...

<https://kurz.rt.com/328l> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Sanktionen: Die Bundesregierung hat nicht einmal nachdenken lassen – Teil 1

"Gründlich vorbereitet" sollen die Sanktionen gewesen sein, mit denen die Bundesregierung Deutschland gerade den Stecker zieht. Dann werfen wir doch einmal einen Blick auf die Veröffentlichungen der Stelle, die für das Nachdenken über die Risiken zuständig gewesen wäre. ...

<https://kurz.rt.com/32cr> bzw. [hier](#)

Timur Schafir: Die US-Regierung sucht nach Wegen zur Teilung Russlands

Ob in der Schwarzmeer- oder Kaukasus-Region, in Sibirien oder dem Fernen Osten Russlands: Überall 'entdecken' US-Propagandisten und US-Behörden die angebliche Notwendigkeit, Russland zu "entkolonisieren". Washington arbeitet daran, Russland in handliche, von außen steuerbare Staaten zu zerlegen. ...

<https://kurz.rt.com/32ci> bzw. [hier](#)

Wladimir Prochwatilow: Eindeutiger Vorteil für Russland – Die Arithmetik der Artillerie

Selenskij fordert derzeit vom kollektiven Westen die sofortige Bereitstellung von 1.000 Haubitzen, 300 Mehrfachraketenwerfern, 500 Panzern und einer Reihe anderer Kampfteinheiten. Mit solch einer Militärhilfe, verspricht das Kiewer Regime, werden die verbündeten Kräfte der Russischen Föderation und der Volksrepubliken zerschlagen und der Donbass, Cherson und die Krim zurückerobert. ...

<https://kurz.rt.com/329s> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: US-Kriegspläne und -Terroranschläge gegen Venezuela enthüllt

Die Vereinigten Staaten sehen sich gern als glänzendes Vorbild, als Leuchtturm der Freiheit und globaler Kämpfer für die Demokratie. Wie schmutzig und menschenverachtend es tatsächlich hinter den Kulissen der Macht in Washington zugeht, das hat jetzt ein Top-Insider enthüllt. ...

<https://kurz.rt.com/32cj> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Nordmazedonien im Zwiespalt zwischen bulgarischem Diktat und EU-Hoffnungen

Nordmazedonien ist weit davon entfernt, in die EU zu kommen, obwohl das Land dafür sogar seinen Namen geändert hat. In Skopje gab es am vergangenen Wochenende Massenproteste unter dem Motto "Ultimatum – Nein, danke". ...

<https://kurz.rt.com/3244> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:38 de.rt.com: "Migration als Waffe" – Finnland will Grenzzaun zu Russland verstärken

Eine "neue Ära der Spannungen" erfordere stärkere Barrieren als die derzeitigen "hölzernen Viehzäune", beschloss das finnische Parlament. Es will nun stabilere Befestigungen an der rund 1.300 Kilometer langen Ostgrenze zum Nachbarn Russland bauen.

Das finnische Parlament hat ein Gesetz zum Bau stärkerer Zäune an der Grenze zu Russland verabschiedet, da das Land nach der militärischen Eskalation in der Ukraine den Beitritt zur NATO anstrebt. Finnland hatte mit der Entscheidung seine jahrzehntelange militärische Blockadehaltung aufgegeben und sich im Mai um die Mitgliedschaft in dem Militärbündnis beworben, die in dieser Woche offiziell eingeleitet wurde.

Helsinki befürchtet, dass Moskau "Migration als Waffe" nutzen könnte, um Druck auf Finnland auszuüben. Diese nicht belegte Befürchtung erleichterte nun die Änderungen des Grenzschutzgesetzes für den Bau stabilerer Zäune an der 1.300 Kilometer langen Ostgrenze des Landes zu Russland. Ziel des Gesetzes sei es, "die operative Kapazität des Grenzschutzes zu verbessern, um auf die hybriden Bedrohungen zu reagieren", sagte Anne Ihanus, eine leitende Beraterin im Innenministerium. "Der Krieg in der Ukraine hat zur Dringlichkeit der Angelegenheit beigetragen", fügte sie hinzu.

Gegenwärtig sind die finnischen Grenzen vor allem mit leichten Holzzäunen gesichert, die hauptsächlich das Vieh daran hindern sollen, über die Grenze zu wandern. "Was wir jetzt bauen wollen, ist ein stabiler Zaun mit echter Barrierewirkung", sagte Sanna Palo, Leiterin der Rechtsabteilung des finnischen Grenzschutzes.

"Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Zaun nicht die gesamte Ostgrenze abdecken, sondern nur an den Stellen, die als besonders wichtig erachtet werden."

Das neue Gesetz ermöglicht auch die Schließung von Grenzübergängen und die Konzentration von Asylbewerbern an bestimmten Punkten, falls es zu einem groß angelegten Überquerungsversuch kommt. Helsinki verabschiedete auch Änderungen der Notstandsgesetze, um die Definition des Begriffs "Notstand" besser auf die verschiedenen "hybriden Bedrohungen" abzustimmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c7df6048fbef7fe93d033f.jpg>
Ein Schild mit der Aufschrift "Stopp, Grenzgebiet" in einem Wald in der Landschaft von

Imatra, Südostfinnland, am 13. Mai 2022

19:50 de.rt.com: **Ehemaliger Oberbefehlshaber der NATO-Kräfte in Europa nennt Krimbrücke "ein legitimes Ziel"**

In einem Interview mit der Zeitung Times hat der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa Philip Breedlove die Krimbrücke als ein "legitimes Ziel" für ukrainische Streitkräfte bezeichnet. Die Brücke könne durch die Ukraine etwa mit jüngst gelieferten Harpoon-Raketen angegriffen werden. In Bezug auf eine Reaktion des Westens auf eine angebliche russische Blockade von ukrainischen Getreidetransporten sagte Breedlove: "Einige Leute, mit denen ich gesprochen habe, sagten, dass der Fall der Brücke von Kertsch ein schwerer Schlag für Russland wäre. Die Brücke von Kertsch ist ein legitimes Ziel." Zuvor hatte der ukrainische Generalmajor Dmitri Martschenko erklärt, dass die Krimbrücke für die Ukraine zum Ziel Nummer eins werde, sollte Kiew entsprechende Waffen vom Westen erhalten. Russische Politiker bezeichneten diese Aussagen als von Terroristen getätigt und erklärten, dass die Brücke unter sicherem Schutz stehe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c842e8b480cc3a0571e4d9.jpg>

Krimbrücke in Kertsch

20:25 de.rt.com: DVR: **Elf Verletzte in Gorlowka nach ukrainischem Beschuss**

Die Zahl der beim Beschuss von Gorlowka in der Donezker Volksrepublik durch die ukrainischen Streitkräfte verletzten Personen ist auf elf gestiegen, darunter zwei Jugendliche. Dies erklärte laut [TASS](#) der Bürgermeister der Stadt, Iwan Prichodko, am Freitag. Seit dem Morgen wurden fünf Angriffe auf die Stadt durchgeführt. Die ukrainischen Sicherheitskräfte setzten 155-Millimeter-Artillerie nach NATO-Standard sowie 120-Millimeter-Mörser ein.

20:55 de.rt.com: **Moskau verbietet britischem Botschafter Eintritt ins Gebäude des Föderationsrates**

Der zuständige Ausschuss für Geschäftsordnung und Organisation der parlamentarischen Arbeit des Föderationsrates Russlands hat beschlossen, dem britischen Botschafter den Besuch im Gebäude des Oberhauses zu untersagen. Laut dem Ausschussvorsitzenden Wjatscheslaw Timtschenko sei dies ein Vergeltungsschritt. Er [erklärte](#): "Der Ausschuss für Geschäftsordnung und Organisation der parlamentarischen Tätigkeit des Föderationsrates hat als Vergeltungsmaßnahme beschlossen, dem britischen Botschafter in

Russland und anderen Mitarbeitern der diplomatischen Botschaft die Möglichkeit zu verweigern, das Gebäude des Föderationsrates zu besuchen und dort anwesend zu sein." Der Senator erklärte gegenüber TASS, dass er die anderen Senatoren über die Entscheidung des Ausschusses in der Plenarsitzung der Kammer noch am Freitag informieren werde. Nach Angaben von Timtschenko haben russische Beamte, der Botschafter und die Mitarbeiter der russischen Botschaft in London derzeit keinen Zugang zum britischen Parlamentsgebäude. Er fügte hinzu:
"In dieser Situation können wir nicht schweigen und die Situation unbeantwortet lassen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c84367b480cc3b2d1f43e8.jpg>

Gebäude des Föderationsrates Russlands in der Bolschaja Dmitrowka Straße in Moskau

21:20 de.rt.com: **Kriegsrecht in befreitem Teil des Gebiets Charkow verhängt**

Der Pressedienst der zivilen Übergangsverwaltung des Gebietes Charkow teilte gegenüber [RIA Nowosti](#) mit, dass in den befreiten Territorien des Gebietes Kriegsrecht verhängt wurde, um Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Dies schließt unter anderem eine Ausgangssperre von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr ein.

Am Mittwoch schätzte der Leiter der Zivilverwaltung des Gebietes, Witali Gantschew, den von den russischen Truppen im Rahmen ihrer Militäroperation in der Ukraine bislang kontrollierten Anteil des Gebietes Charkow auf etwa 20 Prozent.

21:45 de.rt.com: **UN-Sicherheitsrat beruft Sitzung zur grenzüberschreitenden Hilfe für Syrien ein**

Der UN-Sicherheitsrat wird bald über die Verlängerung des Mandats für die grenzüberschreitende Hilfe für Syrien abstimmen – dieses läuft am 10. Juli aus.

Der UN-Sicherheitsrat hat für Freitag eine Sitzung einberufen, nachdem er eine Abstimmung über die Verlängerung der humanitären Hilfslieferungen aus der Türkei in den von Islamisten gehaltenen Nordwesten Syriens verschieben musste, da kein Kompromiss über die Verlängerungsfrist des US-Mandats erzielt wurde. Während Russland darauf bestand, das UN-Mandat nur noch um sechs Monate zu verlängern, drängten einige Ratsmitglieder und der UN-Generalsekretär auf ein weiteres einjähriges Mandat. Obwohl für Freitag eine Ratssitzung einberufen wurde, blieb erst einmal unklar, ob es weitere Konsultationen oder eine Abstimmung geben würde.

Die Gespräche zwischen den 15 Ratsmitgliedern dauerten bis Donnerstagabend an, ohne dass

die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten über UN-Hilfslieferungen für Syrien ausgeräumt werden konnten. Irland und Norwegen, zwei nicht ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, wollen, dass das UN-Mandat für humanitäre Hilfslieferungen über den Grenzübergang Bab al-Hawa um weitere 12 Monate verlängert wird.

"Wir arbeiten daran, eine Basis für einen Konsens zu finden", sagte Irlands UN-Botschafterin Geraldine Byrne Nason nach dem Treffen am Donnerstag. "Niemand in diesem Raum möchte über ein so wichtiges Thema geteilter Meinung sein, aber wir haben noch mehr zu tun."

Russlands stellvertretender UN-Botschafter Dmitri Poljanski sagte, es gebe 99 Prozent Zustimmung für eine Resolution. Er unterstrich aber, dass Russland nach sechs Monaten auf einer neuen Resolution zur Verlängerung des UN-Mandats bestehe.

Russland hat die grenzüberschreitende Hilfe für Syrien bislang als ein Mittel zur Lockerung der Sanktionen gegen Syrien oder die Unterstützung des Wiederaufbaus des Landes genutzt. Moskau zielt darauf ab, dass solche Hilfe in naher Zukunft über die syrische Hauptstadt Damaskus abgewickelt wird. Anfang Juli 2020 legten China und Russland ihr Veto gegen eine UN-Resolution ein, Güter über zwei Grenzübergänge aus der Türkei in die von Islamisten kontrollierte syrische Provinz Idlib zu liefern. Tage später genehmigte die UNO aber Hilfslieferungen durch den einzigen verbleibenden Grenzübergang Bab al-Hawa in der Provinz Idlib an der syrischen Grenze zur Türkei. Nach mehr als einem Jahrzehnt des Krieges ist die Provinz Idlib die letzte Hochburg der dschihadistischen Milizen, die großteils von Hai'at Tahrir asch-Scham, einem radikal-islamistischen Bündnis verschiedener Milizen, kontrolliert wird.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c80c15b480cc583b6b1c0e.jpg>

Der Grenzübergang Bab al-Hawa, der die Türkei mit der syrischen Provinz Idlib verbindet. Die Provinz wird von islamistischen Kräften kontrolliert.

21:50 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: USA haben Russland aufgefordert, die Söldner in der Ukraine als Kombattanten anzuerkennen**

Washington soll Moskau aufgefordert haben, die Söldner in der Ukraine als legitime Kombattanten anzuerkennen. Das verkündete der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow vor Journalisten. Er [erklärte](#):

"Es gab eine bestimmte Botschaft von US-amerikanischer Seite, die sich hauptsächlich auf die Tatsache konzentrierte, dass diese Personen als Kombattanten eingestuft werden sollten – im Sinne der Genfer Konventionen sollten sie bestimmten Verpflichtungen unterliegen."

Laut Rjabkow wurde das Thema jedoch nicht weiter behandelt. Er wies auch darauf hin, dass der Faktor der ausländischen Söldner auf Seiten der Ukraine zu einem der neuen schwerwiegendsten Probleme in den Beziehungen Russlands zu den USA und anderen westlichen Ländern geworden sei.

Was die gefangen genommenen ausländischen Söldner betrifft, so würden die Umstände ihres Erscheinens in der Kampfzone und die Rolle, die sie gespielt haben, im Rahmen der Ermittlungen festgestellt werden, fügte der Vize-Außenminister hinzu.

Zuvor hatte Moskau mehrmals darauf hingewiesen, dass es sich bei den ausländischen Söldnern nicht um Kombattanten im Sinne der Genfer Konventionen handele und sie im besten Fall eine lange Haftstrafe erwarte. Einige wurden in der Volksrepublik Donezk bereits zum Tode verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c84f5448fbef2d6a29cf25.jpg>

22:15 de.rt.com: **Putin fordert Energieunternehmen auf, sich auf Ölembargo vorzubereiten**

Russische Unternehmen sollten sich angesichts eines neuen EU-Sanktionspakets auf ein Ölembargo vorbereiten, riet der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern. Er erklärte:

"Wie Sie wissen, hat die EU vor kurzem ein weiteres Sanktionspaket mit einem Ölembargo gegen Russland beschlossen. Die einheimischen Unternehmen sollten bereits auf diese Entscheidung vorbereitet sein. Auf der letzten Sitzung zum Kraftstoff- und Energiesektor haben wir bereits über die Möglichkeit von Beschränkungen dieser Art gesprochen."

Der Staatschef fügte hinzu, dass das Volumen der Kraftstoffproduktion im Lande zunimmt.

"Seit Jahresbeginn liegt die Erdölförderung um 3,5 Prozent über der des Vorjahres. Die Gasproduktion ist von Januar bis Mai zurückgegangen, allerdings nur um zwei Prozent."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c854a748fbef2d6a29cf29.jpg>

3:00 (2:00) novorosinform.org: **In Hamburg fand eine Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des ukrainischen Militärs im Donbass statt**

Russen und Deutsche gingen in Hamburg auf den zentralen Platz der Stadt, um den Menschen zu zeigen, "wie der Donbass acht Jahre lang unter Beschuss stand", berichtet *Iswestija*. Irina Timofeewa, Koordinatorin des Unsterblichen Regiments der Stadt Köln, ergriff die Initiative, um den Menschen in Deutschland zu zeigen, was ukrainische Kämpfer tatsächlich im Donbass tun. Sie versuchte zu erklären, wer 2014 eigentlich den Krieg begonnen hatte und wer für den Tod von Kindern verantwortlich ist.

„Wir mussten uns unsere eigenen Methoden einfallen lassen, um öffentlich auf dem Hamburger Hauptplatz über den Donbass sprechen zu können, aber alles hat geklappt, und jetzt können wir der deutschen Gesellschaft die Wahrheit vermitteln.“ sagte die Aktivistin.



https://novorosinform.org/content/images/86/04/48604_720x405.jpg

vormittags:

6:45 de.rt.com: Wegen Gasmangels? Bildungsministerin warnt vor Unterrichtsausfall

Die Tatsache, dass insbesondere Kinder unter der Corona-Krise stark gelitten haben, bestätigen mittlerweile mehrere Untersuchungen. Angesichts der drohenden Gasknappheit warnt nun Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger vor Einschränkungen beim Unterricht.

Schon während der Krisensituation in der COVID-19-Pandemie waren Kinder die wohl vorrangig Leidtragenden. Das hat kürzlich auch die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Jutta Allmendinger, bestätigt und als Lehre aus den Folgen der COVID-19-Pandemie einen Rechtsanspruch auf soziale Kontakte für Kinder gefordert. Es gebe starke Evidenzen, was Schulschließungen mit Kindern machten, sagte Allmendinger bei der Vorstellung des Gutachtens zur Evaluierung der Corona-Auflagen Anfang Juli. Über psychische Auswirkungen gebe es also Gewissheiten. Folglich sei "so etwas wie ein Rechtsanspruch auf ein Mindestmaß an sozialen Kontakten" nötig.

Laut einer weiteren aktuellen Studie leiden sozial benachteiligte Kinder nicht nur hinsichtlich der Lebenszufriedenheit, sondern auch gesundheitlich und psychisch besonders stark unter der COVID-19-Pandemie. Immer mehr Kinder und Jugendliche klagen demnach über häufige Kopf-, Bauch- oder Rückenschmerzen – vor allem in Familien mit einem niedrigen Sozialstatus, wie aus dem aktuellen Präventionsradar der DAK-Gesundheit für das Schuljahr 2021/22 hervorgeht.

Auch hinsichtlich der Defizite in der Bildung gab es zwischenzeitlich Anzeichen, dass diese für Schulkinder während der Pandemie verschärft wurden. Angesichts der Energiekrise warnte nun Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger davor, wegen Engpässen bei der Gasversorgung Unterricht einzuschränken.

"Ich habe mich schon in der Pandemie dafür starkgemacht, Bildungseinrichtungen zur

kritischen Infrastruktur zu zählen", sagte die FDP-Politikerin der Rheinischen Post. "Auch jetzt sollte ein besonderes Augenmerk auf sie gelegt werden, damit es möglichst nicht zu Unterrichtseinschränkungen oder gar Unterrichtsausfall kommt", so die Ministerin. Das sei die Lehre aus den pandemiebedingten Schulschließungen.

Energiesparpotenziale sollten aber natürlich genutzt werden. Das sei ohnehin schon in vielen Schulen und Universitäten ein Thema, betonte die Ministerin. Auch die Chefin der Bildungsgewerkschaft GEW, Maïke Finnen, sagte der Zeitung, viele Schulen gingen längst nachhaltig und verantwortungsvoll mit Energie um. Allerdings seien viele Schulen auch marode, nicht energieeffizient gebaut, Heizungen müssten modernisiert werden. Wegen steigender Energiekosten und der Sorge um Gasknappheit sind zahlreiche Schwimmbäder von der Schließung bedroht. Am Freitag billigte der Bundesrat den Einsatz von mehr Kohlekraftwerken zur Stromerzeugung.

Kremlsprecher Dmitri Peskow betonte am Freitag, dass der Umfang der Gaslieferungen lediglich davon abhängt, wann die reparierte [Gasturbine aus Kanada](#) die Energielieferungen durch die [Ostseepipeline Nord Stream 1](#) wieder ermöglicht. Trotz der Sanktionen des Westens führt Russland die planmäßigen Wartungsarbeiten aus. Gazprom hatte die [Gaslieferungen durch Nord Stream 1](#) nach Deutschland wegen sanktionsbedingten Fehlens einer Turbine gedrosselt. Deutschlands größter Importeur von russischem Erdgas, Uniper, rief daraufhin nach Staatshilfen, die der Bundesrat am Freitag billigte. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, warnte derweil vor Produktionseinbrüchen in der Industrie durch einen gravierenden Gasmangel.

Für den Notfall zeichnet sich bereits eine gewisse Konkurrenz ab, da unklar ist, wer im Notfall auf wie viel Gas verzichten müsste. Falls Gas knapp werden sollte, würde die Bundesnetzagentur es verteilen. Vorgesehen ist, dass private Haushalte, öffentliche Einrichtungen und systemrelevante Betriebe zuerst versorgt würden – wogegen einige Firmenvertreter jedoch bereits [protestierten](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c84a2ab480cc5192751358.jpg>

7:00 de.rt.com: **USA planen weitere Militärhilfe für Ukraine**

Die USA wollen die Ukraine mit weiteren Waffenlieferungen im Wert von rund 400 Millionen US-Dollar unterstützen. Nach Angaben einer hochrangigen Vertreterin des US-Verteidigungsministeriums gehören zum neuen Paket vier Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS, 1.000 hochpräzise 155-Millimeter-Artilleriegeschosse, Radargeräte zur Artillerieaufklärung und Ersatzteile. Bislang haben die USA der Ukraine seit Kriegsbeginn damit nach eigenen Angaben Waffen und Ausrüstung im Wert von 7,3 Milliarden US-Dollar zugesagt oder bereits geliefert.

Die [russische Botschaft](#) in Washington hat die Entscheidung der US-Regierung, weitere vier Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS an die Ukraine zu liefern, scharf kritisiert. Somit

wolle Washington den Krieg um jeden Preis in die Länge ziehen. Die Behauptung, dass die Ukraine die Waffen zu defensiven Zwecken einsetze, sei haltlos. Das ukrainische Militär nutze sie, um Städte im Donbass zu zerstören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c9091ab480cc17eb481f57.jpg>

7:31 de.rt.com: **Terrorgefahr im russischen Grenzgebiet Kursk weiterhin auf Alarmstufe Gelb**

Der Gouverneur des russischen Grenzgebiets Kursk, Roman Starowoit, hat die Terrorwarnung in der Region um weitere zwei Wochen verlängert. Die Alarmstufe Gelb bleibe bis zum 23. Juli bestehen. Der Politiker erklärte diese Entscheidung, die er zusammen mit den Sicherheitsbehörden getroffen habe, mit der angespannten Situation an der Grenze zur Ukraine.

"Ich bitte alle Bewohner, Wachsamkeit walten zu lassen. Informieren Sie die Polizei über verdächtige Personen, herrenlose Gegenstände und Drohnen unter der Telefonnummer 112." Seit dem 24. Februar werden Ortschaften in den russischen Grenzgebieten immer wieder von der Ukraine aus angegriffen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c9116048fbef3069389f03.jpg>

*Folgen eines ukrainischen Angriffs auf die Ortschaft Tjotkino im russischen Grenzgebiet
Kursk, 6. Juni 2022*

8:02 de.rt.com: **DIHK befürchtet Konjunkturabsturz bei Gasliefer-Stopp**

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat vor schweren wirtschaftlichen Folgen bei einem Totalausfall russischer Gaslieferungen gewarnt. Präsident Peter Adrian sagte der Deutschen Presse-Agentur, der DIHK schließe nicht aus, dass die Wirtschaftsleistung in einem solchen Fall in den Wintermonaten sogar um einen zweistelligen Prozentwert abstürzen könne.

"Wir stehen im Moment vor dem großen Problem, dass uns möglicherweise in einigen Monaten die Gasversorgung zusammenbricht. Die Uhr tickt. Wir müssen als Unternehmer auch immer den Worst Case denken."

Adrian zufolge müsse man leider mit dem Szenario umgehen, dass es nach der Wartung ab dem 21. Juli aus Nord Stream 1 erst mal kein Gas mehr gebe. Das wäre der Supergau. Die geplanten Flüssiggas-Terminals in Deutschland seien bis zum Winter nicht einsatzfähig.

"Viele Betriebe müssten ohne Gasbezug ihre Produktion einstellen. Wenn dieser Fall eintritt, dann befürchte ich ganz klar eine Rezession. Dann werden wir einen wirtschaftlichen Abschwung erleben, der sich deutlich von dem unterscheidet, was wir in der Finanzkrise hatten."

Am Montag, dem 11. Juli sollen jährliche Wartungsarbeiten an der Ostseepipeline Nord Stream 1 beginnen, die in der Regel zehn Tage dauern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c913fd48fbef2dfb450fd4.jpg>
DIHK-Präsident Peter Adrian, 5. Juli 2022

8:34 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet drei tote Zivilisten binnen 24 Stunden durch Angriffe aus Ukraine**

Die Behörden in Donezk haben binnen der letzten 24 Stunden 38 Angriffe der ukrainischen Streitkräfte registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 218 Geschosse abgefeuert. Das ukrainische Militär setzte dabei 155-, 152-, 122- und 120-Millimeter-Geschosse ein. Unter Beschuss gerieten sieben Bezirke von Donezk, Gorlowka, Nowobachmutowka, Nowossjelowka, Dolomitnoje, Werchnetorezkoje, Panteleimonowka, Michailowka, Jelenowka und Makejewka.

Durch die Angriffe wurden in Donezk sowie Panteleimonowka drei Zivilisten getötet. Weitere 16 Zivilisten, darunter drei Minderjährige, erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden durch die Attacken von ukrainischer Seite 28 Wohnhäuser und 15 zivile Infrastrukturobjekte in fünf Bezirken von Donezk sowie in Alexandrowka und Gorlowka beschädigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c91ce848fbef66a74afb2e.jpg>
Folgen ukrainischen Beschusses in Donezk, 22. Juni 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der**

Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 9.7.2022

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Nowodruschewsk und Malorjasanzewo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Gestern hat das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik gemeinsam mit dem Kommando der Volksmiliz der LVR und der Streitkräfte der RF das befreite Lissitschansk besucht, wo eine Ausstellung von Beutetechnik und Waffen, die bei der Befreiung der Stadt erbeutet worden war, stattfand.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

So haben Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Nahrung des Lebens“ gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR warme Mahlzeiten an bedürftige Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

Außerdem haben Freiwillige des humanitären Projekts „Buchanka“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR zielgerichtet Hilfe für Einwohner des befreiten Lissitschansk geliefert, außerdem haben Vertreter der Partei „Jedinaja Rossija“ ein humanitäres Zentrum in der Stadt eröffnet.

9:06 de.rt.com: **Außenpolitiker Roth fordert Sicherheitsarchitektur gegen Russland**

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth, hat eine neue Ostpolitik gefordert. In einem Gastbeitrag für die Welt am Sonntag schrieb der SPD-Politiker: "Sicherheit kann es in Europa nur noch gegen, nicht mehr mit Russland geben."

Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur müsse auf der militärischen Abschreckung und der politischen und wirtschaftlichen Isolation Russlands aufbauen, forderte Roth.

Mit Blick auf Russland brauche man mehr Realismus und kein naives Wunschdenken. Im Rahmen einer neuen Ostpolitik müssten Deutschlands östliche Nachbarstaaten noch stärker in die Russlandpolitik einbezogen werden. Künftig könne es keinen deutschen Sonderweg mehr mit Russland geben, der zulasten der mittel- und osteuropäischen Partner gehe, mahnte der Politiker.

Roth wies dabei auch auf "eklatante Fehler" seiner Partei in der Vergangenheit hin:

"Die SPD ist zu Recht stolz auf Willy Brandts Ostpolitik der 70er-Jahre. Trotz aller historischen Verdienste dürfen wir uns angesichts der grundlegenden Veränderungen in der Welt nicht hinter Willy Brandt verstecken."

Für ein Umdenken in der Ostpolitik sei es aber "mitnichten notwendig, sozialdemokratische Traditionslinien preiszugeben".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c917d2b480cc16d255936e.jpg>

10:31 (9:31) ria.ru: **USA und deren Verbündete diskutieren heimlich über Beendigung des Konflikts in der Ukraine – Medienbericht**

Laut der deutschen Zeitung „[Die Welt](#)“ diskutieren die Vereinigten Staaten und ihre wichtigsten europäischen Verbündeten heimlich über diplomatische Wege, um den Konflikt in der Ukraine zu beenden.

Es scheinen geheime Konsultationen zwischen den Vereinigten Staaten und wichtigen europäischen Verbündeten im Gange zu sein, um diplomatische Mittel zur Beendigung des Krieges zu erkunden.

Einzelheiten hierzu werden nicht genannt. Die Gründe für die „Verwirrung“ des Westens sind laut dem Autor des Artikels nicht schwer zu finden: Die Mehrheit der europäischen Wähler befürwortete eine „diplomatische Lösung“ des Konflikts.

Russland hat am 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine gestartet. Präsident Wladimir Putin nannte sein Ziel „den Schutz von Menschen, die seit acht Jahren dem Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind“. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben die Streitkräfte am 25. März die Hauptaufgaben der ersten Phase abgeschlossen – sie haben das Kampfpotential der Ukraine erheblich reduziert. Das Hauptziel in des russischen Militärs hieß die Befreiung des Donbass. Insbesondere Wolnowacha, ein strategisch wichtiges regionales Zentrum südlich von Donezk, Mariupol, die größte Stadt an der Küste des Asowschen Meeres, und Swjatogorsk, das ein großes orthodoxes Kloster mit dem Status einer Lavra beherbergt, wurden in der DVR. Am 3. Juli wurde mit der Eroberung von Lisitschansk und den umliegenden Siedlungen das gesamte Territorium der LVR befreit.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/06/1c/1798736645_0:0:3071:1728_1280x0_80_0_0_e9383e143a72dacc3f8cf52e59f4c78d.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 9.7.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 200 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **16 Zivilisten, darunter 3 Kinder, verletzt, 3 Zivilisten starben**. 28 Wohnhäuser und

15 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 3 Haubitzen M-777, ein Panzer und ein Lastwagen. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka, Kamyschewka und Perwomajskoje wurden beseitigt.

9:37 de.rt.com: **Russische Botschaft in Kanada verurteilt Sanktionen gegen Medienvertreter und Patriarch Kirill**

Russlands Botschaft in Ottawa hat die jüngsten kanadischen Sanktionen gegen mehrere russische Bürger, Unternehmen und Behörden verurteilt. Im entsprechenden [Statement](#) vom 8. Juli warf die diplomatische Vertretung der Regierung von Justin Trudeau Zensur vor: "Indem die kanadischen Behörden Einschränkungen gegen Medienvertreter und Medienressourcen verschärfen, demonstrieren sie ihre Angst vor der Wahrheit über die Situation in der und rund um die Ukraine."

Solche krasse Zensur und Einschränkung der Pressefreiheit unterstrichen nur die totalitäre Natur des kanadischen Liberalismus.

Die Sanktionen gegen Kyrill I., den Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus und damit das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, als "Desinformationsagenten" bezeichnete die Botschaft als beispiellos und gotteslästerlich. Die Diplomaten betonten, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche hunderte Millionen von Gläubigen weltweit zähle. Kanada habe nun kein Recht mehr, als ein Land zu gelten, in dem die Religionsfreiheit respektiert werde. Dabei kündigte die Botschaft baldige adäquate Gegenmaßnahmen an, nachdem Kanada am Freitag 29 physische und 15 juristische Personen aus Russland auf seine Sanktionsliste gesetzt hatte. Die Restriktionen wurden außerdem gegen den Generaldirektor der Nachrichtenagentur TASS, Sergei Michailow, und gegen die Sprecherin des Senders Perwy kanal, Jekaterina Andrejewa, verhängt. Auch die russischen Auslandssender RT und Sputnik wurden sanktioniert.

EMBASSY OF THE RUSSIAN FEDERATION IN CANADA



285 Charlotte Street Ottawa, Ontario K1N 8L5
tel: (613) 235-4341, fax: (613) 236-6342, E-mail: info@rusembassy.ca
www.canada.mid.ru; www.twitter.com/RussianEmbassyC

July 8th, 2022

EMBASSY STATEMENT

Today's sanctions against Russia by the Trudeau cabinet are another example of Ottawa's weakness. By enforcing restrictions on media representatives and resources the Canadian authorities demonstrate that they do not want and are afraid of hearing the truth about the situation in and around Ukraine. Such blatant censorship and violation of freedom of speech highlight the totalitarian nature of Canadian liberalism.

Sanctioning Patriarch Kirill and designating him as "disinformation agent" is an unprecedented and blasphemous act against the head of the Russian Orthodox Church with hundreds of millions of believers around the world. After that, Canada has no moral right to be considered a country where the freedom of faith is respected.

Russia's response to such abusive and inadequate action will be prompt and meaningful.

<https://pbs.twimg.com/media/FXLdbckUcAAGZve?format=jpg&name=900x900>

10:19 de.rt.com: **Deutsche Soldaten werden wieder nach Bosnien-Herzegowina entsandt**

Am Freitag beschloss der Deutsche Bundestag eine Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes im Kosovo sowie eine Rückkehr deutscher Soldaten nach Bosnien-Herzegowina, wo sie sich für knapp ein Jahr an der EU-Mission EUFOR Althea BiH beteiligen sollen.

Nach zehn Jahren soll die Bundeswehr wieder nach Bosnien-Herzegowina zurückkehren und sich dort mit bis zu 50 Soldaten an dem EU-Militäreinsatz beteiligen, wie der Bundestag am Freitag mit großer Mehrheit beschloss.

Die Entsendung deutscher Soldaten für die Mission EUFOR Althea ist laut Mandat zunächst bis zum 30. Juni 2023 befristet. Laut Bericht der Deutschen Presse-Agentur sei die Rückkehr der Bundeswehr nach zehn Jahren in das Land auch eine Reaktion auf "wachsende Spannungen und Abspaltungstendenzen der bosnischen Serben und solle zudem einen Beitrag dazu leisten, weiteren Einflussnahmen Russlands einen Riegel vorzuschieben".

In ihrem Mandatsantrag schreibt die Bundesregierung, dass die aktuellen politischen Entwicklungen in dem Land Grund zu großer Sorge geben:

"Ethnische Spaltungen prägen noch immer den Alltag, dominieren die Politik und blockieren Fortschritte und Reformprozesse. Nationalistische und hetzerische Rhetorik sind heute wieder Teil des politischen Diskurses. Die Bundeswehr soll Personal im Hauptquartier in Sarajevo sowie zwei leicht bewaffnete Beobachtungs- und Verbindungsteams stellen, die in Städten oder Ortschaften Auge und Ohr für die Mission sein werden."

Dem Krieg in Bosnien-Herzegowina waren zwischen 1992 und 1995 etwa 100.000 Menschen zum Opfer gefallen, mehr als zwei Millionen Menschen wurden vertrieben. Um die Umsetzung des Friedensvertrags von Dayton zu überwachen und die Sicherheit im Land zu sichern, war 2004 die EU-Mission EUFOR Althea ins Leben gerufen worden. Sie folgte auf die NATO-Operationen IFOR und SFOR in dem Land. Deutschland war seit November 2012 nicht mehr daran beteiligt.

Laut Bundesregierung ist das Potenzial einer Destabilisierung mit der drohenden Folge einer Eskalation bis hin zur möglichen Abspaltung der Republika Srpska gegenwärtig realer denn je seit dem Ende des Krieges 1995. Diese Befürchtungen werden auch mit den engen Beziehungen der serbischen Regierung zur Russischen Föderation und deren Einfluss auf die bosnisch-serbische Entität Republika Srpska begründet.

"Die bosnisch-herzegowinischen Wahlen am 2. Oktober 2022 bilden in diesem Kontext einen Kristallisationspunkt für weitere Konflikte und könnten einer Zäsur gleichkommen", heißt es weiter. Dass Deutschland wieder militärische Präsenz in dem Balkan-Land zeigen will, hatte der sogenannte Hohe Vertreter, der [CSU-Politiker Christian Schmidt](#), bereits [angekündigt](#). Rund 2.000 Soldaten aus mehr als 20 Staaten sind bisher an EUFOR Althea beteiligt. Dem Mandat für die Rückkehr stimmte das Parlament am Freitag in Berlin mehrheitlich mit 518 Stimmen zu, bei 96 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

Außerdem verlängerte der Bundestag den seit 1999 laufenden Bundeswehr-Einsatz im Kosovo, wo sich Deutschland an der NATO-geführten KFOR-Truppe (Kosovo Force) beteiligt. Hierzu hieß es: "Die innenpolitische Situation in der Republik Kosovo ist mit dem Blick auf den Norden des Landes weiterhin fragil. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine steigt die Sorge vor russischen Destabilisierungsversuchen." Dem neuen Mandat stimmten 526 Abgeordnete zu, 99 Abgeordnete – vor allem von der Partei Die Linke sowie mit einer Ausnahme von der AfD – stimmten dagegen. Zwei Bundestagsmitglieder enthielten sich der Stimme.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c93801b480cc113b595f94.jpg>
Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht feiert mit Soldaten den "Tag der Bundeswehr" in Warendorf am 25. Juni 2022

11:34 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje bittet Russland um Hilfe im Gasnotfall**

Die militärisch-zivile Verwaltung des ukrainischen Gebiets Saporoschje, das derzeit teilweise von der russischen Armee kontrolliert wird, hat die Regierung in Moskau um Hilfe in einem aktuellen Gasnotfall gebeten. Der Verwaltungsleiter Jewgeni Balizki warf der Regierung in Kiew vor, die Gasversorgung der Region gekappt zu haben. Auf Telegram gab Balizki bekannt, dass die Rohrleitung entgegen früheren Berichten unversehrt sei. Es liege daher auf der Hand, dass man den Menschen das Gas abgedreht habe. Diese Handlungsweise der ukrainischen Behörden zeige, dass das Regime in Kiew das Gebiet Saporoschje gar nicht brauche.

"Das sind ihre Methoden, auf die sie auch auf der Krim zurückgegriffen hatten. Den Leuten das Wasser, das Gas und den Strom zu kappen, sind völkermörderische Methoden." Balizki teilte mit, dass seine Verwaltung die russische Regierung unter anderem um elektrische Geräte gebeten habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c93e7348fbef66a74afb44.jpg>

nachmittags:

12:03 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium berichtet über signifikante Personalverluste der ukrainischen Armee**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow hat auf seinem Briefing am Samstag über signifikante Verluste der ukrainischen Armee berichtet. Bei einem Angriff auf ein ukrainisches Bataillon in der Nähe der Ortschaft Beresnegowatoje im ukrainischen Gebiet Nikolajew seien mehr als 75 Kämpfer getötet und ungefähr 50 Panzer und andere Fahrzeuge zerstört worden. Mit einem Hochpräzisionsschlag sei in der Nähe der Ortschaft Selenodolsk im ukrainischen Gebiet Dnjepropetrowsk ein provisorisches Quartier des Nationalisten-Bataillons Tornado getroffen worden. Dabei seien mehr als 40 Kämpfer getötet worden. In Charkow werde die 127. Brigade der ukrainischen Territorialverteidigung inzwischen wegen großer Verluste und Fahnenflucht mit bisherigen Gefängnisinsassen aufgefüllt. Bei einem Raketenangriff auf eine ukrainische Artilleriedivision in der Nähe der Ortschaft Soledar seien 30 Prozent des Personals getötet und der Großteil der Geschütze außer Gefecht gesetzt worden.

Konaschenkow berichtete ferner, dass die russischen Streitkräfte in der Ortschaft Tschassow Jar einen Hangar mit 155-Millimetern Haubitzen vom Typ M777 aus US-Produktion getroffen und dabei bis zu 30 ukrainische Kämpfer getötet hätten, die zuvor Wohnviertel von Donezk unter Beschuss genommen hatten. Bei weiteren Artillerie- und Raketenangriffen seien 22 ukrainische Kommandopunkte, zwei Standorte mit ausländischen Söldnern, fünf Munitionslager und ein Depot mit Treibstoff für Militärfahrzeuge zerstört worden.

Dem Sprecher zufolge hätten zwei russische Kampfflugzeuge vom Typ Su-35s und MiG-31bm in der Nähe der Ortschaften Beresnegowatoje und Tscherwonaja Dolina im ukrainischen Gebiet Nikolajew zwei ukrainische Su-25-Kampfflugzeuge abgeschossen. Die russische Flugabwehr habe in den vergangenen 24 Stunden im Himmel über dem ukrainischen Gebiet Charkow und der Volksrepublik Donezk 15 ukrainische Drohnen zerstört. Außerdem seien sechs von der ukrainischen Seite abgefeuerte reaktive Geschosse vom Typ Uragan abgefangen worden.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der russischen Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 239 Flugzeuge, 137 Hubschrauber,

1.503 Drohnen, 353 Flugabwehrraketensysteme, 3.994 Pander und gepanzerte Fahrzeuge, 738 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.117 Artilleriegeschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c9521f48fbef2d6a29cf99.jpg>
Beerdigung eines ukrainischen Soldaten in Lwow, 18. Juni 2022

12:34 de.rt.com: **Bundeskanzler Scholz: Energiesicherheit wird Deutschland noch jahrelang beschäftigen**

Bundeskanzler Olaf Scholz geht davon aus, dass Maßnahmen gegen Energieknappheit auch über den kommenden Winter hinaus notwendig sein werden. In einer am Samstag veröffentlichten [Videobotschaft](#) sagt der Kanzler:

"In diesen Tagen beschäftigt uns die Sicherheit unserer Energieversorgung. Sie wird es noch die nächsten Wochen, Monate und auch Jahre."

In seiner Botschaft vom Samstag betont der SPD-Politiker, die Bundesregierung habe bereits binnen kurzer Zeit viele Entscheidungen getroffen, damit Deutschland auf Mangellagen gut vorbereitet sei:

"Wir bauen Pipelines, Flüssiggasterminals. Wir sorgen dafür, dass eingespeichert wird in unsere Gasspeicher. Und wir sorgen dafür, dass jetzt Kohlekraftwerke genutzt werden, damit wir Gas sparen."

Auf lange Sicht werde es aber darum gehen, vom Import von Öl, Kohle und Gas unabhängig zu werden und den Anteil der erneuerbaren Energien auszubauen. Dies geschehe in einem Tempo, wie es bisher noch nicht in Deutschland gesehen worden sei, und das sei notwendig.

13:40 de.rt.com: **Sprengsatz detoniert auf Eisenbahngleis im russischen Grenzgebiet Brjansk**

Der Gouverneur des russischen Grenzgebietes Brjansk, Alexander Bogomas, hat am Samstag auf Telegram von einer Explosion auf Eisenbahngleisen berichtet. Ihm zufolge sei direkt vor einem Güterzug ein Sprengsatz explodiert. Der Vorfall habe sich auf der Strecke Robtschik-Pestschjanka ereignet. Durch die Detonation seien die Fensterscheiben im Führerhaus zu Bruch gegangen. Verletzte gebe es keine. Auch die Eisenbahngleise seien unbeschädigt. Die Ursachen des Vorfalls werden noch geklärt. Am Vorabend ist im Himmel über dem Gebiet Brjansk, das an Weißrussland und die Ukraine grenzt, eine ukrainische Drohne abgeschossen worden.

13:40 de.rt.com: **Bundesumweltministerin Lemke erklärt Verschiebung von Prioritäten mit Ukraine-Krieg**

Der Ukraine-Krieg hat nach den Worten der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke auch Bündnis 90/Die Grünen gezwungen, Prioritäten zu verschieben. Alte Leitplanken hätten ab dem Tag des Angriffs nicht mehr gegolten, so Lemke am Samstag in Halle auf dem Landesparteitag der Grünen in

Sachsen-Anhalt. Das Leid der Ukrainer stelle nun den vordringlichsten Handlungsbedarf dar. Bei aller Sorge um mögliche Energieengpässe in Deutschland müsse jedoch klar gesagt werden, dass drohende Hungerkrisen für die afrikanischen Länder viel bedrohlicher seien als die Nöte, die Deutschland absehbar bevorstehen könnten. Der Hunger drohe wiederzukommen. "Darauf müssen wir reagieren", so Lemke vor etwa 100 anwesenden Delegierten der Grünen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c95c5048fbef2d6a29cf9f.jpg>

14:13 de.rt.com: **Großbritannien startet Ausbildung von 10.000 Ukrainern**

In Großbritannien hat am Samstag ein Programm zur militärischen Ausbildung von Ukrainern begonnen. Eine erste Gruppe von insgesamt bis zu 10.000 ukrainischen Freiwilligen mit wenig oder null Militärerfahrung habe nun erste Übungen absolviert, teilte das britische [Verteidigungsministerium](#) mit. Demnach basiere das mehrwöchige Training auf der britischen Grundausbildung für Soldaten und umfasse den Umgang mit Waffen, erste Hilfe auf dem Schlachtfeld und Kriegsrecht. Großbritannien habe den Kursteilnehmern Kleidung und Ausrüstung gespendet. Am Ausbildungsprogramm seien rund 1.050 britische Armeeangehörige beteiligt. Das Programm sei Teil des britischen Hilfspakets für die Ukraine, das sich auf mehr als 2,3 Milliarden Pfund Sterling beläuft.



https://pbs.twimg.com/card_img/1545679249323048960/S9MA7Z--?format=jpg&name=small

14:34 de.rt.com: **US-Außenminister Blinken kritisiert Chinas Haltung zum Ukraine-**

Krieg

US-Außenminister Antony Blinken hat China erneut dazu aufgefordert, Russlands Kampfhandlungen in der Ukraine zu verurteilen. Nach einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi am Rande des G20-Außenministertreffens in Bali sagte Blinken am Samstag, China behaupte zwar, in dem Konflikt neutral zu sein. Tatsächlich unterstütze Peking aber Moskau.

"Die Volksrepublik China steht nach wie vor zu Russland."

Blinken kritisierte, China gebe Russlands Propaganda wieder, schirme Moskau in internationalen Organisationen ab und beteilige sich an gemeinsamen Manövern. Er habe Wang übermittelt, dass dies wirklich ein Moment sei, um die Aggression Russlands zu verurteilen.

Nach Angaben des chinesischen Senders CCTV schlug Wang bei dem Treffen mit Blinken einen kritischen Ton an. Beide Staaten stünden immer mehr Herausforderungen gegenüber, erklärte der chinesische Außenminister demnach. Wang forderte die USA den Angaben zufolge auf, das politische System in China zu respektieren und eine Mentalität wie im Kalten Krieg aufzugeben. Washington dürfe sich nicht in innere Angelegenheiten wie die Taiwan-Frage oder Hongkong einmischen, hieß es weiter. Auch sollten die USA ihre Strafzölle zurückzunehmen, die die Vorgängerregierung um Donald Trump gegen China verhängt hatte. Zum Thema Ukraine-Krise hieß es von der chinesischen Seite lediglich, man habe dazu einen "tiefen Meinungs austausch" geführt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c97461b480cc1089560e74.jpg>

Chinas Außenminister Wang Yi und sein US-Amtskollege Antony Blinken treffen sich am 9. Juli 2022 in Nusa Dua am Rande des G20-Gipfels in Indonesien

15:10 de.rt.com: **Russlands Obermufti fordert Fortsetzung der Sonderoperation: "Sonst wird später Dichlorvos nicht ausreichen"**

Der Obermufti Russlands, Talgat Tadschuddin, hat die russische Sonderoperation in der Ukraine gerechtfertigt. In seiner Predigt anlässlich des islamischen Opferfestes sagte der Geistliche am Samstag in Ufa:

"Wenn ein Nachbar Ungeziefer, Schwärme extremer Nationalisten und Neonazis hat, die im Laufe von acht Jahren – und das ist doppelt so lang, wie der Große Vaterländische Krieg gedauert hat – ein planmäßiges brudermörderisches Blutvergießen und einen Völkermord auf dem leidgeprüften Boden des Donbass betreiben, können wir nicht ruhig leben.

Gleichgültigkeit ist unzulässig."

Für den Ukraine-Krieg machte der Obermufti den Westen verantwortlich. Er werde unter der direkten Leitung und Beteiligung der USA geführt. Dieser tückische Neid des Westens auf

wiederhole sich fast jedes Jahrhundert. Es sei notwendig, die militärische Sonderoperation in der Ukraine zu Ende zu führen:

"Damit es in unserer Nähe keine Faschisten und kein Ungeziefer gibt. Sonst wird später [Dichlorvos](#) nicht ausreichen."

Außerdem fügte Tadschuddin hinzu, dass neulich ein Freiwilligen-Bataillon aus der russischen Teilrepublik Baschkortostan in den Donbass aufgebrochen sei. Ein zweites werde nach dem islamischen Opferfest folgen. Dort werde es auch zwei Geistliche geben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c97c46b480cc0f510b9833.jpg>

16:20 de.rt.com: **Medwedew: Als Ergebnis der Spezialoperation in der Ukraine wird die Russische Föderation jetzt genauso ernst oder sogar ernster genommen als die UdSSR**

Die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) berichtet, dass der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew erklärt hat, Russland werde als Ergebnis der speziellen Militäroperation auf der Welt nun wie die UdSSR behandelt.

"Die Ziele der speziellen Militäroperation wurden vom russischen Präsidenten angekündigt und sind, wie Sie wissen, der Schutz der Bürger des Donbass sowie die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine. Hier ist alles klar, und sie werden erreicht werden", schrieb Medwedew am Samstag in seinem Telegram-Kanal. Gleichzeitig stellte er fest: "Es gibt noch eine weitere Aufgabe, die bereits gelöst wurde. Mit Russland wird nun wirklich gerechnet. Genau wie bei der Sowjetunion. Und in mancher Hinsicht ernster, wenn man sich die Sanktionen ansieht."

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates konstatiert, dass "dies vor nicht allzu langer Zeit noch anders war. Ich erinnere mich an die Präsenz unseres Landes in der G8, als wir einfach nicht zum G7-Treffen eingeladen wurden, bei dem wirtschaftliche und manchmal auch verteidigungspolitische Fragen der westlichen Länder erörtert wurden", nannte er als ein Beispiel.

"Wenn man nicht berücksichtigt wird, ist das nicht gut. Es ist wie in deiner Kindheit, wenn sie vom Nachbarhof in deinen Garten kamen, um sich zu prügeln. Wenn du Angst hattest und nach Hause gelaufen bist, warst du ein Niemand und wurdest nirgendwo anders angerufen. Und wenn man zuerst zuschlägt, sind die Chancen, das Eigene zu verteidigen, deutlich höher", schrieb Medwedew.

"Deshalb ist es so wichtig, dass das Land respektiert wird und dass man mit ihm rechnet. Das ist genau das, was ein großes Russland sein sollte", ist der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsdienstes überzeugt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c98ab3b480cc0f510b9841.jpg>

Dmitri Medwedew nimmt am 22. Juni 2022 an einer Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten im Alexandergarten nahe der Kremllmauer in Moskau teil, um derjenigen zu gedenken, die vor 81 Jahren bei der Verteidigung der Sowjetunion gegen die Nazis ihr Leben verloren.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 9. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 24 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Swetlodarsk wird eine Basisstation des Mobilfunkoperators „Phönix“ zur Inbetriebnahme vorbereitet. In Wolodarkoje und Mariupol gehen die Arbeiten zum Wiederaufbau von Faseroptikmagistralen weiter. Mehr als 100 Nutzer in Mariupol wurden an das FTTB-Netz angeschlossen.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 4400 Menschen. Zivilschutzkräfte haben etwa 15 Hektar Territorium und 680 Quadratmeter Gebäude untersucht und 162 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und Bedarfe der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:05 de.rt.com: **Erstmals seit 2014: Stadt Altschewsk in Volksrepublik Lugansk von der Ukraine beschossen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben die Stadt [Altschewsk](#) in der Volksrepublik Lugansk erstmals seit dem Jahr 2014 unter Beschuss genommen. Dies teilte der Bürgermeister der Stadt Albert Apschew der Nachrichtenagentur TASS mit:

"Altschewsk war eine mehr oder minder sichere Stadt gewesen. Sie war seit 2014 nicht beschossen worden. Dennoch ereignete sich heute der erste Beschuss. Zum Glück gibt es unter den Zivilisten keine Verletzten."

Das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination der Volksrepublik Lugansk stellte in seinem Telegram-Kanal fest, dass Altschewsk unter Einsatz eines US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfers vom Typ HIMARS angegriffen worden war. Apschew zufolge bringt der Einsatz von HIMARS Altschewsk wieder in Gefahr, obwohl die Stadt vergleichsweise weit hinter der Frontlinie liegt. Er sagte:

"Durch diese Systeme mit großer Reichweite haben die Bewohner der Stadt Altschewsk keine

Garantien im Hinblick auf die Sicherheit mehr."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c996c6b480cc0f510b9850.jpg>

Denkmal für Metallarbeiter in der Stadt Altschewsk

17:19 de.rt.com: **Selenskij entlässt Botschafter Melnyk**

Laut Agenturmeldungen und ersten Veröffentlichungen auf Social-Media-Kanälen muss der ukrainische Botschafter in Berlin seinen Posten räumen. Präsident Selenskij hat die Entlassung von Andrei Melnyk verfügt.

Wie TASS schreibt, hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den Botschafter in Deutschland, Andrei Melnyk, von seinem Posten entbunden. Ein entsprechendes Dekret wurde am Samstag auf der Website des Staatsoberhauptes veröffentlicht.

"Andrei Jaroslawowitsch Melnyk aus dem Amt des außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland zu entlassen", heißt es in dem Dokument.

Der Telegram-Kanal Readovka [veröffentlichte](#) seinen Screenshot des Dokuments:

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c99f2bb480cc146b51f0d4.jpg>

УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №479/2022

Про звільнення А.Мельника з посади Надзвичайного і Повноважного Посла України у Федеративній Республіці Німеччина

Звільнити МЕЛЬНИКА Андрія Ярославовича з посади Надзвичайного і Повноважного Посла України у Федеративній Республіці Німеччина.

Президент України В.ЗЕЛЕНСЬКИЙ

9 липня 2022 року

(Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 479/2022 über die Entlassung von Botschafter Melnyk, Screenshot aus dem Telegram-Kanal "Readovka", 09. Juli 2022)

Selenskij entließ außerdem die Botschafter in Ungarn, der Tschechischen Republik, Norwegen und Indien. Der Botschafter in Indien vertrat die Ukraine auch in Nepal, Bangladesch, Sri Lanka und auf den Malediven.

Die russische Agentur verweist auf eine Meldung der Bild-Zeitung vom 4. Juli, die unter Verweis auf ihre Quellen geschrieben hatte, Melnyk werde seinen Posten verlassen, nach Kiew zurückkehren und möglicherweise stellvertretender Außenminister werden (RT DE berichtete). In der Zeitung heißt es, dass "Melnyk in Kiew für seine Arbeit sehr geschätzt wird". Der Botschafter leugnete, dass Bandera an der Ermordung von Hunderttausenden von Juden und Polen beteiligt war, und gab zu bedenken, dass diese Entscheidung auf die jüngsten Äußerungen des Botschafters zu Stepan Bandera zurückzuführen sei. Diese Äußerungen lösten heftige Reaktionen aus, und selbst das ukrainische Außenministerium sah sich gezwungen zu erklären, dass es die Position des Diplomaten nicht teilt.

Der Botschafter gab regelmäßig undiplomatische und skandalöse Erklärungen ab und äußerte seine Unzufriedenheit mit der Politik der deutschen Behörden in Bezug auf den Umfang der militärischen und finanziellen Hilfe der BRD für Kiew. Im Mai nannte er beispielsweise den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz eine "beleidigte Leberwurst".

Melnyk ist seit acht Jahren Botschafter der Ukraine in Deutschland, während Botschafter in der Regel vier, höchstens sechs Jahre im Amt bleiben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c9a4db48fbef2dc6096c12.jpg>

Ukrainischer Vereinnahmungsversuch gescheitert — Andrei Melnyk, hier noch als Botschafter vor dem Sowjetischen Ehrenmal im Berliner Tiergarten, 8. Mai 2022

17:47 de.rt.com: **Angefressenes Ego: Steinmeier war wegen Ausladung nach Kiew sauer auf Selenskij**

Diplomatisches Versagen auf ganzer Linie: Im April lud Wladimir Selenskij den Bundespräsidenten aus – obwohl sich Steinmeier bereits auf dem Weg nach Kiew befunden hatte. Nun zeigen Medienberichte, wie brüskiert der 66-jährige SPD-Mann reagierte.

Laut einem Bericht des „Spiegel“ vom Freitag sind die Hintergründe des kurzfristigen Einreisestopps für Frank-Walter Steinmeier bei seiner im April geplanten Kiew-Reise bis heute nicht geklärt, in Berlin tappte man immer noch im Dunkeln. Der Bundespräsident war offenbar lange deswegen angefressen – den diplomatischen Affront konnte er dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij lange nicht verzeihen.

Denn nun ist klar geworden: Steinmeiers Stab war völlig überrascht von der Ausladung. In den Tagen vor der Abreise nach Warschau am 12. April hatte das Team von Polens Präsident Andrzej Duda die geplante Mitreise Steinmeiers nach Kiew gleich zweimal angekündigt. Die Reaktion aus Kiew war euphorisch: "Awesome!, toll!", soll Andrei Jermak erwidert haben – der Chef von Selenskij's Präsidentialverwaltung. Daraufhin machte sich Steinmeier auf die Reise. Doch dann soll es zum rasanten Umschwung gekommen sein. Jermak soll plötzlich den polnischen Botschafter einbestellt und ihm davon abgeraten haben, Steinmeier mit nach Kiew zu nehmen – die Hintergründe sind bis heute unklar. Parallel versetzte Selenskij den

Bundespräsidenten, der stundenlang auf einen Anruf gewartet hatte, am Telefon. In der ukrainischen Regierung will sich bis heute niemand gegenüber Berlin konkret zu den Hintergründen der Absage äußern. Steinmeier sei nur eine "Note" der ukrainischen Regierung an die deutsche Botschafterin Anka Feldhusen bekannt: Dort hieß es, der Besuch Steinmeiers sei "substanzieller und akzeptabler", wenn er "unabhängig" – also ohne den polnischen Präsidenten – stattfände. Parallel wurden mangelnde Sicherheit und schlechte Logistik in der ukrainischen Hauptstadt erwähnt. Steinmeier, der bereits unterwegs gewesen war, reiste daraufhin mächtig sauer wieder nach Berlin zurück.

Die raschen Entschuldigungsversuche aus Kiew prallten jedoch an Steinmeier ab: Laut dem „Spiegel“ ist "die Ausladung ein historischer Affront gewesen, einzigartig gegenüber einem Staatsoberhaupt in Friedenszeiten. Eine so massive Verletzung der diplomatischen Gepflogenheiten sei inakzeptabel, er hätte dafür gern eine Erklärung." Selenskij stellte sich daraufhin unwissend, dann soll Steinmeier wütend geworden sein. Zu dem Fall liege ihm der komplette Schriftverkehr vor, er soll dem ukrainischen Präsidenten gesagt haben:

"Bitte ersparen Sie sich selbst und mir, dass ich das jetzt alles vorlese."

Kiew musste sich daraufhin noch zweimal beim SPD-Mann entschuldigen, ehe dieser "besänftigt" war – nun soll einer zeitnahen Reise von Steinmeier nach Kiew offenbar nichts mehr im Wege stehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c98dc9b480cc0f510b9847.jpg>
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij trägt sich vor einem Treffen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 2. Juli 2021 im Schloss Bellevue ins Gästebuch ein.

17:50 de.rt.com: **Sacharowa nach G20-Treffen: Westen versucht, alles zu kontrollieren, ohne die Aufmerksamkeit der Psychiatrie auf sich zu ziehen**

Lawrows Niedergang, Lawrows G20-Eklat, Lawrow zündelt und verlässt G20-Treffen – die deutschen Medien schäumen über vor Behauptungen bezüglich Sergei Lawrows angeblichem Fehlverhalten auf dem G20-Außenministertreffen Freitag auf Bali.

Sie behaupten, dass das traditionelle Gruppenfoto nicht stattfand, weil der russische Außenminister nicht anwesend war.

"Die sogenannten G7-Länder – die zufällig das ideologische Rückgrat der westlichen Regime unter der Führung der Vereinigten Staaten sind – haben versucht, selbst diese Gelegenheit in einen Skandal zu verwandeln. Ja, das ist ihnen nicht gelungen, aber dieser Versuch ist es wert, genauer betrachtet zu werden", [teilte](#) die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa Journalisten in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi mit.

"Zunächst erfanden sie eine Geschichte, dass sie nicht fotografiert werden wollten. Dann, als sie schließlich merkten, dass sie in der absoluten Minderheit waren, denn wenn man von 20 Ländern sieben abzieht, bleiben 13 übrig, und diese 13 Länder wollten keinen Boykott

organisieren, sondern konstruktiv mitarbeiten, gingen [die G7] zu einer anderen Taktik über. Als der Boykott in der Praxis scheiterte und sich in einen Boykott oder eine Selbstisolierung der G7 verwandelte, stachelten sie die westlichen Medien dazu an, darüber zu berichten, es auszuarbeiten und den Boykott zumindest virtuell stattfinden zu lassen."

Die Diplomatin fügte hinzu, dass solche Behauptungen "einmal mehr zeigen, dass die westlichen liberalen Regime nicht am Schicksal der Welt interessiert sind". Ihrer Meinung nach sind die westlichen Kollegen "ausschließlich an kolonialem Denken interessiert, dem Denken, alle anderen zu dominieren, und am Versuch, 'das Universum zu kontrollieren, ohne die Aufmerksamkeit der Psychiatrie-Krankenschwestern auf sich zu ziehen'".

Die Gruppe der 20 ist ein zwischenstaatliches Forum, dem 19 Länder (Australien, Argentinien, Brasilien, Großbritannien, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Kanada, China, Mexiko, die Russische Föderation, Saudi-Arabien, die USA, die Türkei, Frankreich, Südafrika, Südkorea, Japan) und die Europäische Union angehören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c9948248fbef3069389f60.jpg>

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 09.07.22**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 170 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden 2 Zivilisten verletzt. 18 Wohnhäuser, 2 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Heute wurde **in Richtung Ugledar** durch gemeinsame Anstrengungen von Soldaten der Armee der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation **eine Gruppe ukrainischer Nazis vernichtet, die plante, auf Positionen von Soldaten der Armee der DVR vorzudringen**. Die Verluste des Gegners betragen 12 Mann und 2 Panzerfahrzeuge.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für

die Unabhängigkeit **3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 5 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:30 de.rt.com: **Russische Luftwaffe zerstört vorübergehenden Einsatzort eines ukrainischen Tornado-Bataillons**

Einer [Meldung](#) von RIA Nowosti zufolge hat das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die russische Luftwaffe in der Nähe von Dnjepropetrowsk einen vorübergehenden Einsatzpunkt des nationalistischen Tornado-Bataillons getroffen habe. "In der Nähe von Selenodolsk in der Region Dnjepropetrowsk hat die russische Luftwaffe mit einem Präzisionswaffenangriff den vorübergehenden Aufmarschpunkt des nationalistischen Tornado-Bataillons getroffen und dabei über 40 Kämpfer und bis zu zehn Einheiten von Waffen und militärischer Ausrüstung vernichtet", teilte das Ministerium in einer Erklärung mit.

Darüber hinaus sei ein Artilleriebataillon der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Siedlung Soledar in der Volksrepublik Donezk getroffen worden. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wurde bei dem Angriff mehr als ein Drittel des Personals der Einheit getötet, und die meisten Geschütze wurden zerstört.

19:10 de.rt.com: **LVR und russische Streitkräfte rücken nach Sewersk, Artjomowsk und Soledar vor**

Die alliierten Streitkräfte sollen auf die Städte Sewersk, Artjomowsk und Soledar vorrücken, wie ein Berater des Innenministers der Volksrepublik Lugansk (LVR), Witali Kisseljow, RIA Nowosti [erklärte](#).

"Russische Truppen haben Georgijewka erst vor zwei Tagen befreit, es liegt zwischen Belogorowka und Sewersk. Es war eine sehr starke Festung, aber unsere tapferen Truppen haben sie ausgeschaltet", sagte er RIA Nowosti.

Kisseljow zufolge versetzten Artilleristen der LVR am selben Tag den ukrainischen Nationalisten am Stadtrand von Sewersk "einen schweren Schlag" und zwangen die verbliebenen Kämpfer zum Rückzug in Richtung Kramatorsk.

"Darüber hinaus bewegen sich unsere Einheiten allmählich in Richtung Artjomowsk (aktueller offizieller Name: Bachmut; Anm. d. Red.) und Soledar. So werden wir unsere Gebiete immer weiter befreien", fügte der Berater des Innenministers hinzu.

Sewersk, Artjomowsk und Soledar sind Städte in der Volksrepublik Donezk (DVR), die nahe der Ostgrenze zur Region Lugansk liegen und von Kiew kontrolliert werden. Die LVR-Einheiten entwickeln von ihrem Gebiet aus eine Offensive auf diese Gebiete.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c9b03b48fbef087532a0a1.png>

Kämpfer der LVR-Volksmiliz bei Lissitschansk, undatierte Aufnahme